



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 61. Ratssitzung vom 20. September 2023

2279. 2022/447

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Sebastian Zopfi (SVP) vom 14.09.2022: Wirtschaftsförderung unter der Leitung von privatwirtschaftlichen Fachpersonen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 629/2022): Es geht um die grundsätzliche Frage, was Staatsaufgabe ist. Aktuell wird über viele Dinge diskutiert, für die sich nur in einer wohlhabenden Gesellschaft Zeit findet. Das geht in Richtung Dekadenz. Das Postulat fordert, dass sich der Staat auf seine grundsätzlichen Aufgaben, wie den Erhalt des Wohlstands, konzentriert. Das macht er zurzeit nicht. So kann keine Wirtschaftsförderung stattfinden, die über die Ansiedlung von Kreativwirtschaft hinausgeht. Dies allein kann die Situation nicht kompensieren, wenn Zürich keine Bankenstadt mehr ist. Bei der UBS AG (UBS) gibt es Beispiele von Auslagerungen ins Tessin, die gerade nach dem Niedergang der Credit Suisse Group (CS) bedrohlich sein müssten. Vom Kleinbetrieb bis zur Grossbank muss Wirtschaftsförderung betrieben werden, indem Bedingungen geschaffen werden, in denen sich Unternehmen entfalten können: Weniger Bürokratie, weniger Einmischung, weniger Steuern, mehr Freiheit und weniger Staat.

Namens des Stadtrats nimmt stellvertretend für die Stadtpräsidentin der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Niedergang der CS bedeutete eine Zäsur und einen Schock für alle Beteiligten. Nachdem die Übernahme durch die UBS bekannt wurde, hielten Stadt und Kanton eine gemeinsame Medienorientierung ab. Schnell wurden Abklärungen getroffen, wie stark sich die Situation auf die Stadt auswirken würde. Diese ergaben, dass wir nicht sofort zu dramatischen Massnahmen greifen müssen. Die Stadtpräsidentin und ich mussten klar machen, dass das Problem nicht bei der Stadt, sondern intern bei der CS lag. Die UBS hat eine soziale Verantwortung und das Kultursponsoring der CS soll weitergeführt werden. Die Krise muss aufgearbeitet und Verantwortlichkeiten müssen geklärt werden. Niemand hat ein Interesse am Auftreten eines weiteren solchen Falls. Die Situation führte uns vor Augen, wie stark die Stadt von der Finanzbranche abhängig ist. Beim Rechnungsabschluss zeigte ich, wie sich die Steuereinnahmen verhalten, wobei die Finanzbranche entgegen langjähriger Erwartungen wieder in einem Ausmass wie vor der Finanzkrise im Jahr 2008 Steuern bezahlte. Das Postulat ist ein Jahr alt. Bereits im September 2022 fanden wir es mutig, einen Zusammenhang zwischen den Problemen der Bank und der Wirtschaftspolitik der Stadt herzustellen. Der Finanzmarktkapitalismus hat dieses Postulat gewissermassen überwunden, da die zugrundeliegende These im vergangenen Jahr schlecht gealtert ist. Wir lehnen das Postulat ab.



Weitere Wortmeldungen:

Selina Frey (GLP): Das Thema ist sehr wichtig und darum habe ich gewisse Sympathien für den Vorstoss. In Zürich stehen wir mit dem Klima- und technischen Wandel vor grossen Herausforderungen, aber auch beim Streben nach einem progressiveren Gesellschaftsmodell. Gleichzeitig müssen wir betrachten, welche Branchen dadurch Arbeitsplätze verlieren und welche sie gewinnen. Zürich besitzt aufgrund der Hochschulen einen guten Ruf und zieht Firmen und Talente an. Darum sind wir in der Schweiz im Innovationsbereich führend. Das muss gepflegt werden. Der Finanzsektor ist in der Region Zürich sehr wichtig und generiert viele Stellen. Hier werden Parallelen zum Postulat ersichtlich. Auch nach der Reduktion durch die CS werden viele Stellen bleiben. Darum möchte ich darauf hinaus, dass wir auf den Wirtschaftsstandort Zürich achtgeben müssen: Er gibt uns Arbeit, Einkommen und Wertschöpfung, die wir für die gesellschaftlichen Veränderungen, Innovationen, die Zukunft und die Lebensqualität brauchen. Die Expertise aus der Privatwirtschaft ist zentral. Wie wichtig kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind, ist unbestritten. Ich möchte mich dafür aussprechen, dass sich die Wirtschaftsförderung der Stadt Zürich departementsübergreifend dafür einsetzt, dass die Bürokratie für KMU abnimmt und mehr digitalisiert wird. So kann Resilienz aufgebaut werden. Grossfirmen sind für das Steuersubstrat, aber auch als Tor zur Welt wichtig. Der Wirtschaftsstandort muss seine Querschnittsfunktion gewährleisten. Die GLP findet es wichtig, eine privatwirtschaftliche Expertise zu integrieren, aber die Wirtschaftsförderung muss nicht unter eine privatwirtschaftliche Leitung gestellt werden. Sie soll konsequent vorangehen und Prioritäten setzen, aber das Diskutierte ist nur eines von vielen wichtigen Themen.

Hans Dellenbach (FDP): Der Wirtschaftsstandort Zürich ist der FDP selbstverständlich wichtig. Darum verstehen wir den Grundgedanken des Vorstosses. Wir vertrauen darauf, dass freier Wettbewerb schlussendlich bessere Lösungen hervorbringen wird, als dies Behörden oder eine Wirtschaftsförderung unter privatwirtschaftlicher Führung können. Der SVP unterläuft ein Grundlagenirrtum: Die Annahme, dass, wenn nur genügend gefördert und subventioniert wird, Probleme gelöst werden. Eigentlich werden so viele neue Probleme geschaffen. Je weniger sich der Staat einmischt, desto besser, da sich die Wirtschaft selber helfen kann. Dass Eingriffe von Experten und Politikern ins Wirtschaftsgeschehen nichts bringen, erkennt man auf nationaler Ebene bei den Gesundheitskosten, auf städtischer Ebene bei der Wohnbauförderung. Die Stadt hat seit 30 Jahren den Auftrag, die Wohnraumförderung zur zentralen Aktivität mehrerer Legislaturen zu machen, doch es gibt keine Besserung. Wohnungen werden unterdessen verhindert, anstatt gebaut. Es soll also nicht noch mehr gefördert werden, erst recht nicht in der Wirtschaft.

Markus Haselbach (Die Mitte): Das Postulat fordert, dass die Wirtschaftsförderung zur zentralen Aktivität der Legislatur gemacht wird. Die Stadt betreibt Wirtschaftsförderung in der Abteilung Stadtentwicklung innerhalb des Präsidialdepartements. Diese hat sechs Soll-Stellen und die Stadt arbeitet mit diversen anderen Gremien zusammen. Generell läuft die Wirtschaft gut und es gibt viele offene Stellen. Die dafür nötigen Wohnungen sind aber nicht verfügbar. Darum ist es sinnvoller, Wohnungsbau anstelle der Wirt-



schaftsförderung zur zentralen Aktivität der Legislatur zu erklären, auch wenn im Bankenbereich ein Problem herrscht. Die Stadt muss sich darum kümmern. Das ist aber ein Bereich, auf den sich die Stadt bereits fokussiert. Je nach Bedarf kann das verstärkt werden. Die Die Mitte/EVP-Fraktion ist der Meinung, dass es nicht generell mehr Wirtschaftsförderung bedarf, sondern gewisser Anpassungen. Das Postulat lehnen wir ab.

Barbara Wiesmann (SP): *Seit das Postulat eingereicht wurde, passierte in wirtschaftlicher Hinsicht viel. Die Übernahme der CS durch die UBS hat weitreichende Folgen. Der Stadtrat muss sich insbesondere für den Schutz der Arbeitsplätze einsetzen, was von STR Daniel Leupi bestätigt wurde. Die UBS muss in die Verantwortung genommen werden, den Arbeitsplatzverlust auf ein Minimum reduzieren und die Betroffenen bei der Stellensuche unterstützen. Etwa 3000 Stellen werden in der Schweiz über die nächsten Jahre hinweg mit einem guten Sozialplan abgebaut. Die Wirtschaft der Stadt ist trotz allem auf einem guten Weg und seit der Finanzkrise diversifizierter aufgestellt, was weiter vorangetrieben werden muss. Die Förderung der Nachhaltigkeitsbranche geht in die richtige Richtung. Die «CleanTech»-Branche ist bereits einer der grössten Cluster der Stadt. Der Stadtrat fördert das bereits ohne Postulat, darum lehnen wir es ab.*

Samuel Balsiger (SVP): *Von der FDP hörten wir, dass es Wirtschaftsförderung nicht brauche und sich der Staat heraushalten solle. Ich möchte Sie aufklären, dass alles und überall Politik ist. Es ist die Frage, welche Grundgedanken und -werte hinter den staatlichen Aktivitäten stehen. Wenn privatwirtschaftliche Experten in der Wirtschaftsförderung angestellt sind, können sie bspw. überschüssige Bürokratie detektieren und Empfehlungen abgeben. Die Stadt braucht eine richtige Wirtschaftsförderung, wir haben keine entsprechenden Kompetenzen in der Stadtregierung. Darum ergibt das Postulat Sinn.*

Andreas Kirstein (AL): *Das Postulat an sich ist wenig interessant, doch die Ausführungen sind es umso mehr. Wirtschaftsförderung ist ein Aspekt der Wirtschaftspolitik und diese Differenzen zwischen FDP und SVP haben eine grosse historische Bedeutung. Die SVP fordert eine aktive Wirtschaftspolitik und geht davon aus, dass Politik überall ist, besonders, wenn es um Staat und Ökonomie geht. In den letzten 60 Jahren haben nur die Unia und ihre Vorgängerorganisation Industriepolitik betrieben und versucht, die Schweiz von der Deindustrialisierung abzubringen. Einer der Brennpunkte und das damit einhergehende Klumpenrisiko liegt in der Stadt Zürich. Es wurde betont, dass wir sehr von der Finanzwirtschaft abhängig sind. Es braucht eine Analyse, ob die bisherige Wirtschaftsförderung der Stadt auf dem richtigen Weg ist und ob sie genug macht, um bspw. KMU zu fördern. Das ist eine Diskussion zwischen verschiedenen Wirtschaftskonzepten.*

Das Postulat wird mit 14 gegen 105 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat